



Stadt Kamen

Niederschrift

UKA

über die
2. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses
am Montag, dem 14.06.2021
in der Stadthalle Kamen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:17 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Denis Aschhoff
Herr Heinrich Behrens
Frau Carina Feige
Herr Daniel Heidler
Herr Klaus Kasperidus
Herr Gökçen Kuru
Frau Brigitte Langer
Frau Nadine Pasalk
Frau Dr. Natalie Renkhoff

CDU

Herr Michael Bierhoff
Herr Stefan Helmken
Herr Ralf Langner
Herr Matthias Meschede
Herr Andreas Sude
Herr Hans-Heinrich Wortmann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Peter Gerwin
Herr Marian-Rouven Madeja

FW Kamen

Herr Dennis Kobus

DIE LINKE / GAL

Herr Andreas Meier

FDP

Herr Fabian Gulcz

Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzausschusses
Herr Winfried Borgmann
Herr Rainer Nehls

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Frau Stefanie Haake
Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Herr Dr. Uwe Liedtke
Herr Tim Scharschuch

Entschuldigt fehlten

Frau Sarah Grüneberg
Frau Christina Kollmann
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Timon Lütschen
Frau Jutta Maeder
Herr Volker Sekunde

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 14.06.2021 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Klima-, energie- und umweltgerechtes Bauen und Wohnen Projekt „Solarhaus“ der Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS), Wilhelm-Bläser-Straße, Ortstermin hier: Vorstellung der Baumaßnahme vor Ort durch die UKBS	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Lärmaktionsplan der Stadt Kamen 3. Runde hier: Information zum Sachstand und zum weiteren Verfahren	086/2021
4	Bericht des Klimaschutzmanagements	
5	Anpassung des Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
6	Erstellung eines Konzeptes zur Klimaneutralität 2045 hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
7	Initiierung eines Klimaschutzgremiums incl. Arbeitsgruppen hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Klima-, energie- und umweltgerechtes Bauen und Wohnen
Projekt „Solarhaus“ der Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS), Wilhelm-Bläser-Straße, Ortstermin
hier: Vorstellung der Baumaßnahme vor Ort durch die UKBS

Die Sitzung begann um 17.00 Uhr mit einem Ortstermin an der Baustelle des „Solarhauses“ an der Wilhelm-Bläser-Straße.
Vertreter der UKBS informierten die Ausschussmitglieder vor Ort über das Projekt „Solarhaus“ und beantwortete entsprechende Rückfragen.

Die Sitzung wurde um 18.20 Uhr in der Stadthalle fortgesetzt.

Herr **Aschhoff** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Sodann stellte er die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 3.
086/2021

Lärmaktionsplan der Stadt Kamen 3. Runde
hier: Information zum Sachstand und zum weiteren Verfahren

Zunächst erläuterte Herr **Harrach** die vorliegende Mitteilungsvorlage. Pandemiebedingt sei es nicht möglich gewesen, die Lkw-Fahrer-Befragungen durchzuführen und das Lkw-Lenkungskonzept in den Lärmaktionsplan (LAP) 3. Runde zu integrieren. Da jedoch absehbar bereits die Bearbeitung des LAP 4. Runde anstehen werde, solle das Lkw-Lenkungskonzept dort einfließen.

Abschließend teilte er mit, dass der Entwurf des LAP 3. Runde Anfang Juli 2021 in digitaler Form den Fachausschüssen zur Information und Be-

schlussvorbereitung zugeleitet werden würde. (abrufbar auch unter: <https://www.o-sp.de/kamen/plan?pid=42080>). Die Beschlussfassung sei dann im Herbst 2021 vorgesehen.

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr **Heidler**, dass die Zielsetzung einer zügigen Beschlussfassung des LAP 3. Runde nachvollziehbar sei, um Handlungsoptionen aus dem LAP ableiten und umsetzen zu können. Das Lkw-Lenkungskonzept solle jedoch wesentlicher Bestandteil des LAP 4. Runde werden.

Zu TOP 4.

Bericht des Klimaschutzmanagements

Anhand der Präsentation berichtete Frau **Haake** über verschiedene Projekte (Bau von Nistkästen, Upcycling mit Omas for Future, Beetpatenschaften), Termine (Ende Mai Infostand Bücherei, 21.06.21 Fachaustausch VZ u. Verwaltung zum Thema Einwegplastik, 24.06.21 Infostand Ökologie mit VZ und Stadt vor der Machbar, 02.07.21 Beratungstermin zum KFW-Programm 432-Quartiers-Check) und Sachstände (Thema Blühflächen).

In Bezug auf die Beetpatenschaften erkundigte sich Herr **Bierhoff** nach den Konditionen. Frau **Haake** informierte, dass eine eigene Gestaltung der Flächen unter Berücksichtigung der Aspekte der Verkehrssicherheit grundsätzlich möglich sei. Der FB 70 halte jedoch einen Handzettel bereit, in dem Pflanzempfehlungen gegeben würden. Die Beetpaten könnten einfach den Kassenzettel über den Einkauf von Pflanzen vorlegen und erhalten eine Erstattung der angefallenen Kosten bis zu einer Höhe von max. 10 €/qm.

Frau **Haake** ergänzte, dass im Rahmen des Stadtteilmanagements in Heeren-Werve die Idee entwickelt worden wäre, Blumenampeln im öffentlichen Bereich zu installieren. Dafür sei jedoch noch kein Sponsor gefunden worden.

Herr **Heidler** gab die Anregung an die Ausschussmitglieder, selbst Beetpatenschaften zu übernehmen. Die Vernetzung zwischen Stadtteilmanagement und Klimaschutzmanagement beurteilte er als sehr wichtig und zielführend, um das Thema Klimaschutz in der Stadt weiter voranzubringen.

Mit Blick auf die Bestrebungen der Vermeidung bzw. dem Rückbau von Schottergärten wies Herr **Gerwin** darauf hin, dass es im Stadtgebiet zahlreiche Baumbeete gebe, die geschottert seien.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete, dass ihm derartige Bereiche nicht bekannt seien und bat Herrn Gerwin darum, ihm diese Standorte zur weiteren Prüfung zu benennen.

Sodann informierte Herr **Scharschuch** über die Bildung des Klimaschutzgremiums (Öffentlicher Auftakt Herbst 2021), die Aktion Stadtradeln, die Aktivitäten Klimaschutz mit BRAvour (Schwerpunktthema 2021 Photovoltaik), die Vortragsreihe der Klimaschutzmanager im Kreis Unna (Zoom Meeting zum Thema Stecker PV am 06.07.21, Online-Veranstaltung zum Thema Schottergärten am 23.06.21) und informierte über den Sachstand Thema Klimaschutzgesetz. Details sind der Präsentation zu entnehmen.

Zur Nachfrage von Herrn **Heidler** über die Zahl der Anmeldungen zum Klimaschutzgremium, antwortete Herr **Scharschuch**, dass bisher bereits ein Dutzend Anmeldungen eingegangen seien.

Herr **Gerwin** erkundigte sich danach, ob es sich um das im Klimaschutzkonzept als Maßnahme genannte Gremium handele.

Dies bejahte Herr **Scharschuch**. Neben den teilnehmenden Vertretern aus Politik, Verwaltung und Institutionen (z.B. GSW, VKU, Verbraucherberatung) soll eine möglichst breite Öffentlichkeitsbeteiligung mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Interessenvertretungen (z.B. Vereine) in dem Klimaschutzgremium erreicht werden.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass nunmehr der erste Aufschlag für die Gremienbildung getan sei. Es folge eine weitere Bewerbung, um eine möglichst breit gefächerte Beteiligung zu erreichen. Aufgrund der Pandemie sei die Initiierung des Gremiums im letzten Jahr nicht möglich gewesen. Er hoffe auf gute Gesprächsrunden.

Von Herrn **Madeja** wurde es sehr begrüßt, dass das Klimaschutzgremium nunmehr die Arbeit aufnehmen werde. Zur besseren Übersichtlichkeit und Transparenz zum Sachstand der einzelnen Maßnahmen des 2016 beschlossenen Klimaschutzkonzeptes regte er an, über das Ratsinformationssystem eine Liste der Maßnahmen mit den jeweiligen konkreten Sachständen zu veröffentlichen.

Auf Nachfrage von Frau **Dörlemann**, ob Vertreter der Kommunalpolitik ebenfalls zum Klimaschutzgremium eingeladen würden, entgegnete Herr **Dr. Liedtke**, dass diese über die Fraktionen eingeladen würden.

Herr **Aschhoff** bedankte sich im Namen der SPD-Fraktion für die informativen Vorträge von Frau Haake und Herrn Scharschuch.

Zu TOP 5.

Anpassung des Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen

hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Frau **Dörlemann** begründete den vorliegenden Antrag ihrer Fraktion. Sie wies insbesondere darauf hin, dass durch die aktuelle Rechtslage eine Überarbeitung erforderlich werde.

Eine Fortschreibung des Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen sei bereits in der vorangegangenen Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses angekündigt worden, erwiderte Herr **Dr. Liedtke**. Es handele sich um einen längeren Bearbeitungsprozess. Insofern habe der vorliegende Antrag irritiert.

Herr **Heidler** stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Liedtke zu und verwies auf die entsprechende Niederschrift. Eine Fortschreibung des Konzeptes sei wichtig und werde von der Mehrheit im Rat unterstützt und sei zudem auch Bestandteil der Kooperationsvereinbarung mit der CDU. Er erkundigte sich bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob es konkrete Vorschläge zur Anpassung des Klimaschutzkonzeptes gebe. Mit Blick auf die

Situation einer Haushaltssicherungskommune sei in diesem Zusammenhang auch die Frage der personellen Ressourcen zu klären.

Herr **Behrens** kritisierte, dass der Duktus des vorliegenden Antrages der Verwaltung Defizite in der Umsetzung unterstelle. Das kommunale Klimaschutzkonzept sei an die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Dies sei bereits angekündigt worden. Es mangle in dem Antrag an einer konkreten Benennung des Anpassungsbedarfes.

Das Kommunale Klimaschutzkonzept sei 2015 erstellt und 2016 beschlossen worden, entgegnete Herr **Madeja**. In der Zwischenzeit wäre es erforderlich gewesen, die zahlreichen Änderungen auf EU- und Bundesebene einzupflegen. Zudem sei es darüber hinaus auch möglich, dass Kamen pro aktiv handle und Klimaschutzmaßnahmen selbstständig voranbringe.

Zur vorangegangenen Diskussion verwies Herr **Dr. Liedtke** auf den Klimaschutzbericht, der dem Rat vorgestellt werden soll.

Frau **Dörlemann** erinnerte daran, dass die CDU-Fraktion 2016 dem Klimaschutzkonzept der Stadt Kamen nicht zugestimmt habe. Insofern freue sie sich über den nun gemeinsamen Weg. Der Antrag stelle keinen Vorwurf gegenüber der Verwaltung dar. Intention des Antrags sei es gewesen, die Umsetzung kurzfristig angesetzte Maßnahmen (wie z.B. die Einberufung eines Klimaschutzgremiums) voranzubringen und andererseits eine laufende Überprüfung der Maßnahmen sowie ggf. erforderliche Neu-/ Umorientierung auf den Weg zu bringen. Es sollte möglich sein, Ziele anzupassen und Prioritäten zu überdenken.

In der vorangegangenen Sitzung habe seine Fraktion den Status der Umsetzung der Maßnahmen des Kommunalen Klimaschutzkonzeptes angefragt, insbesondere auch, damit die neuen Sachkundigen BürgerInnen einen Überblick erhalten konnten, führte Herr **Gerwin** aus. Er habe eine Fahrplan erwartet, in dem dargestellt worden wäre, was geplant sei, um Kamen bis 2045 klimaneutral darstellen zu können.

Herr **Bierhoff** schloss sich den Ausführungen von Herrn Heidler an. Seine Fraktion sei sehr daran interessiert, den Klimaschutz in Kamen voranzubringen.

Zum vorliegenden Antrag entgegnete Herr **Kasperidus**, dass seitens der Verwaltung schon viele Maßnahmen angestoßen worden seien. Die Verwaltung stelle nur ein „kleines Rädchen“ für den Klimaschutz dar. Ein Großteil des Einsparungspotenzials liege bei den BürgerInnen sowie den Haus- und GrundstückseigentümerInnen.

Herr **Heidler** wies darauf hin, dass die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden sei und gesetzliche Änderungen berücksichtigen müsse. Hinsichtlich des Zeitkorridors sei aber die personelle Ausstattung zu berücksichtigen.

Frau **Dörlemann** forderte zu schnellerem Handeln im Sinne des Klimaschutzes auf. Sie erinnerte, dass ihre Fraktion bereits 2017 die Erstellung eines Konzeptes zur E-Ladeinfrastruktur gefordert habe. Dies sei damals abgelehnt worden. Mit der Bürgeranregung zur Ladeinfrastruktur in der Gartenstadt Seseke in der vorangegangenen Sitzung sei endlich der Vorschlag auf Betreiben aller Fraktionen aufgegriffen worden.

Dazu entgegnete Herr **Kasperidus**, dass 2017 noch nicht klar gewesen sei, welche Antriebstechnik sich durchsetzen würde.

Mit Bezug auf den Vortrag von Herrn Scharschuch sei der vorliegende Antrag überflüssig, erklärte Herr **Langner**.

Frau **Haake** wies darauf hin, dass viele kleine Projekte die Menschen erreichen und für das Thema Klimaschutz begeistern. Dies seien wichtige Beiträge für den Klimaschutz, die aber nicht in CO₂-Einsparung zu messen seien.

Nach dem Klimaschutzkonzept der Stadt Kamen sei der Verwaltung nur 1 % des CO₂-Ausstoßes zuzurechnen, erklärte Herr **Scharschuch**. Ein Großteil des Einsparpotenzials liege bei den privaten und gewerblichen Immobilien. Da liege die Sanierungsquote aktuell bei 2 %. Hier bestehe Handlungsbedarf.

Herr **Gerwin** wies auf die Vorbildfunktion der Kommune hin.

Die Diskussion habe er ausgiebig verfolgt, erklärte Herr **Kobus**. Er habe den Eindruck gewonnen, dass ein Monitoringprozess dringend erforderlich sei, um die notwendige Transparenz zu erreichen.

Abschließend erklärte Herr **Dr. Liedtke**, dass ein Klimaschutzbericht im Rat vorgesehen sei. Darüber hinaus berichte das Klimaschutzmanagement in jeder Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses über seine Arbeit.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt für den nächsten Umwelt- und Klimaschutzsausschuss eine Anpassung des bestehenden „Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzepts“ der Stadt Kamen zu erstellen.

Dabei sollen insbesondere die tatsächlichen und sich abzeichnenden rechtlichen Rahmenbedingungen mit einbezogen werden.

Es ist darüber hinaus eine Aussage zu treffen, welche (finanziellen und personellen) Ressourcen für die zeitnahe Umsetzung des novellierten „Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzepts“ erforderlich sind.

Abstimmungsergebnis: Bei 17 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 6.

Erstellung eines Konzeptes zur Klimaneutralität 2045
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Herr **Gerwin** erläuterte den vorliegenden Antrag. Es werde ein Überblick gewünscht, wie die Klimaneutralität bis 2045 erreicht werden könne.

Herr **Dr. Liedtke** wies den Vorwurf der Untätigkeit der Verwaltung entschieden zurück. Die Verwaltung habe zahlreiche energetische Maßnahmen im Bereich städtischer Gebäude umgesetzt bzw. eingeplant. Von weiteren Maßnahmen sei berichtet worden (u.a. E-Mobilität, Blühflächen, Gründächer, Photovoltaik, 100 % - Ökostrom).

Herr **Heidler** wies nochmal auf die Grenzen des Handlungsrahmens der Kommune hin. Wichtig sei es, Private und Gewerbe zu gewinnen. Mit Zwang sei dies nicht umsetzbar. Hier sei ein sukzessiver Veränderungsprozess anzustoßen. Auch der weitere technische Fortschritt spiele eine große Rolle. Gesetzliche Grundlagen seien zu berücksichtigen.

Ein Handlungsspielraum sei durch Bund und Land vorgegeben, so Herr **Dr. Liedtke**. In Form von Energieberichten habe die Verwaltung regelmäßig zu kommunalen Liegenschaften informiert. Daraus würden sich Handlungsfelder definieren.

Beratung und Apelle seien nicht ausreichend, erklärte Frau **Dörlemann**. Sie erwarte vielmehr ein zielgerichtetes und ambitioniertes Konzept für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2045.

Herr **Bierhoff** verdeutlichte, dass der Einfluss der Kommune sehr begrenzt sei. Der vorliegende Antrag könne von seiner Fraktion nicht mitgetragen werden.

Herr **Heidler** stimmte Herrn Bierhoff zu. Das Ziel der Klimaneutralität sei nur unter Einbeziehung aller Akteure erreichbar.

Daraufhin entgegnete Herr **Gerwin**, dass die Kommune in der Verantwortung sei. Die Aktivitäten der Kommune sollen zum Ziel führen. Daher sei die Aufstellung eines entsprechenden Konzepts gefordert worden.

Herr **Kobus** erklärte, dass auch er den Antrag nicht nachvollziehen könne. Erforderlich sei für die Zielerreichung ein positives Narrativ.

Die Kommune könne Klimaschutzmaßnahmen mit Blick auf Fördermöglichkeiten bewerben, anstoßen und begleiten, ergänzte Herr **Langner**.

Herr **Kasperidus** verwies auf die Möglichkeiten der Gesetzgebung, die z.B. die Einhaltung von Energiewerten vorgeben könne oder durch entsprechende Steuererhöhungen Einfluss auf Verbrauchsverhalten nehmen könne.

Ein Beschluss des vorliegenden Antrags mache aus seiner Sicht keinen Sinn, führte Herr **Dr. Liedtke** aus. Die Rechtslage fordere eine Klimaneutralität bis 2045. Insofern würde eine Verpflichtung zur Umsetzung und entsprechenden Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes bestehen.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele hätte schon längst ein Konzept vorliegen müssen, entgegnete Herr **Gerwin**. Es fehle z. B. eine Übersicht über städtische Liegenschaften. Insgesamt mangle es an Transparenz.

Herr **Dr. Liedtke** verwies auf den letzten Energiebericht der Stadt Kamen. Darin seien alle relevanten Informationen enthalten.

Herr **Aschhoff** merkte an, dass sich bei neuen Ausschussmitgliedern viele Fragestellungen ergeben, da entsprechende Vorkenntnisse nicht bzw. nur teilweise vorhanden seien.

Frau **Dörlemann** entgegnete, dass sich ihre Fraktion intensiv vorbereitet habe.

Von Herrn **Madeja** wurde vorgeschlagen, alle Informationen (z.B. Umsetzungsstand der Maßnahmen, Checkliste für Gebäude) auf der Klimaschutzseite zu veröffentlichen.

Frau **Haake** wies darauf hin, dass die Öffentlichkeitsarbeit zu Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes als positives Narrativ wirke. In diesem Sinne befänden sich verschiedene Bausteine noch in der Bearbeitung.

Herr **Scharschuch** informierte über verschiedene Projekte der Stadt Kamen (z.B. 100 % Ökostrom, Gründachumsetzung Friedrich-Ebert-Schule, Austausch von Fahrzeugen des städt. Fuhrparks). Darüber hinaus werde der Energiebericht alle 3 Jahre fortgeschrieben. Aus diesem würden sich die jeweiligen Verbrauchswerte der städt. Liegenschaften ergeben. Es sei durchaus möglich, daraus Vorschläge zu entwickeln und diese im Einzelfall abzustimmen.

Eine Rechtfertigung der Verwaltung sei nicht erforderlich, meinte Herr **Behrens**. Er drängte auf einen Abbruch der nicht zielführenden Diskussion und Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept zur Umstellung ihrer Aktivitäten in den Sektoren Wärme, Energie und Fuhrpark hin zur Klimaneutralität bis 2045 oder, wo immer es möglich ist, früher.

In dem Konzept ist darzustellen, wann welche CO₂-Quelle der Stadt durch eine klimaneutrale Alternative ersetzt wird und wie viel CO₂ dadurch eingespart wird.

Diesem Übergang zu Klimaneutralität ist eine hohe Priorität einzuräumen. Der Errichtung von Solaranlagen auf städtischen Dachflächen ist dabei Vorzug zu geben vor Zukauf von Ökostrom.

Abstimmungsergebnis: Bei 17 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 7.

Initiierung eines Klimaschutzgremiums incl. Arbeitsgruppen
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Unter Bezugnahme auf die Aussage der Verwaltung, dass die Initiierung eines Klimaschutzgremiums absehbar erfolge, zog Herr **Madeja** den Antrag seiner Fraktion zurück.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

8.1.1

Flyer EichenprozeSSIONsspinner

Herr **Harrach** informierte darüber, dass ein neuer Flyer zum Thema EichenprozeSSIONsspinner aufgelegt worden sei. Der Flyer liege zur Mitnahme aus und sei auch auf der Internetseite der Stadt Kamen abrufbar. Zur Nachfrage von Herrn **Heidler** wurde durch Herrn **Harrach** bestätigt, dass die Ausbreitung der EichenprozeSSIONsspinner in diesem Jahr bislang geringer sei als in den Vorjahren, was aber mit der Entwicklungsverzögerung durch den langen Winter zusammenhängen könnte.

8.1.2

Naturreport

Die diesjährige Ausgabe des Naturreports mit dem Schwerpunktthema „Lebensraum Wald“ wurde den Ausschussmitgliedern zur Mitnahme angeboten.

8.1.3

Bundeswaldprämie

Herr **Harrach** teilte mit, dass die Stadt Kamen als Waldbesitzer einen Antrag für die Bundeswaldprämie eingereicht habe. Voraussetzung war eine Nachhaltige Waldbewirtschaftung, was in Kamen nach den PEFC-Standards auch erfolge. Der Zuwendungsantrag sei zwischenzeitlich bewilligt worden. Die Stadt Kamen erhalte einen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 6.925,00 €.

Herr **Wortmann** fragte an, wofür die Bundeswaldprämie verwendet werden solle.

Dazu führte Herr **Harrach** aus, dass die Mittel für Nachpflanzungen und eine zukunftsorientierte Bewirtschaftung in den nächsten zwei Jahren eingesetzt werden sollen.

8.1.4

Nachpflanzungen Bogenstraße

Durch die Auswirkungen des Sturmtiefs Eugen Anfang Mai sei es erforderlich gewesen 11 Bäume in der Bogenstraße zu fällen, erklärte Herr **Harrach**. Ein Grund für die Notfällungen war auch die beeinträchtigte Standsicherheit der Bäume nach Arbeiten an den Versorgungsleitungen in der Bogenstraße. Daher würden sich die Versorger an den Nachpflanzungskosten beteiligen. Es sollen voraussichtlich 14 Bäume in vergrößerten Baumbeeten nachgepflanzt werden.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich nach den Baumarten.

Die Baumauswahl werde entsprechend der jeweiligen Standorte noch festgelegt, antwortete Herr **Harrach**. Geplant sei eine größere Durchmischung

der Baumarten. Eine Rückmeldung dazu könne nach der Sommerpause gegeben werden.

8.2 Anfragen

8.2.1

Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Luftreinhaltung in Kamen

Zur allgemeinen Information teilte Herr **Harrach** mit, dass die Luftqualität durch Emissionen aus Industrie/Gewerbe, private Haushalte (z.B. Kamine) und Verkehr in Abhängigkeit von der Wetterlage und der Topographie beeinflusst werde. Im letzten Jahr habe es drei Meldungen zu Belästigungen durch private Kamine gegeben. Aktuell würden jedoch keine Hinweis oder Beschwerden zu Belastungen aus Industrie, Gewerbe u. privaten Haushalten vorliegen.

Unter Bezugnahme auf die vorliegende schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion teilte Herr **Harrach** mit, dass nach Auskunft der zuständigen Stellen (Bezirksregierungen Arnsberg und LANUV) aktuell kein Handlungsbedarf bzgl. der Einhaltung von Immissionsgrenzwerten für NO₂ und Feinstaub bestehe.

Das LANUV teile mit, dass im Allgemeinen seit 2015 (letzte NO₂- Messung in Kamen von 34 µg/m³) ein abnehmender Trend der NO₂-Belastungen festzustellen sei. In NRW sei in 2020 erstmalig an allen Messstandorten der Grenzwert nach der 39. BImSchV für die Jahresmittelwerte für die Luftschadstoffe Stickstoffdioxid (NO₂) und Feinstaub (PM10) eingehalten worden. Die Luftschadstoffwerte seien sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch im Vergleich zum langjährigen Trend deutlich gesunken. Diese Reduktion sei vorrangig auf die Flottenerneuerung und Verbesserungen an Fahrzeugen, auf die Wirkungen von Maßnahmen der Luftreinhalteplanung, günstige Wetterbedingungen und zu einem geringeren Anteil auf die Wirkung der Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie zurückzuführen (siehe Fachbericht 109, LANUV 2021).

Bei der Bezirksregierung Arnsberg bestehe seit dem Jahr 2012 ein Luftreinhalteplan für die Stadt Kamen. Die NO₂-Grenzwerte von 40 µg/m³ würden seit 2012 deutlich eingehalten. Eine Überschreitung der Belastung mit Feinstaub werde seit mindestens 2005 nicht festgestellt.

Aktuell würden keine Messungen zur Ermittlung von Problemlagen seitens der Stadtverwaltung/des LANUV in Kamen durchgeführt. Hinsichtlich der Belastungen durch den innerstädtischen Straßenverkehr geschah dieses zuletzt in 2014/2015 (durch Stadt, NO₂-Passivsammler an 2 Standorten der Lünener Straße).

8.2.2

Blühstreifen Querstraße/Richtung Kugelbrink

Frau **Dörlemann** berichtete, dass der o.g. Blühstreifen in diesem Jahr bereits zum Dritten Mal gemäht worden sei. Dies sei nicht hilfreich für die Entwicklung der Blühpflanzen. Ein Grund für die Mahd aufgrund von Verkehrssicherungsmaßnahmen sei aus ihrer Sicht nicht gegeben. Sie bat um Informationen zum Mähkonzept.

Herr **Dr. Liedtke** sagte eine Rückmeldung mit der Niederschrift zu.

*Rückmeldung der Verwaltung:
Nach Auskunft des FB 70.2 soll der Blühstreifen bis dato von den Servicebetrieben der Stadt Kamen nur einmal aus Gründen der Verkehrspflicht gemäht worden sein.
Grundsätzlich erfolge eine Mahd im Bereich der Blühstreifen nur aus Verkehrssicherungsgründen.*

8.2.3 Naturreport

Herr **Behrens** empfahl den Ausschussmitgliedern die Lektüre des neu erschienenen Naturreports mit dem Schwerpunktthema „Lebensraum Wald“.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung. Anfragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- **entfällt** -

Herr **Aschhoff** schloss die Sitzung um 20.17 Uhr.

gez. Aschhoff
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer